

Sprache als Fundament

Der Erwerb der deutschen Sprache ist Voraussetzung für die Integration von Zuwanderern. Darüber waren sich Experten bei einem Integrationssymposium am 24. April 2008 in Wien einig.

Gemeinsam kommen wir zusammen. Unter diesem Motto steht die Integrationsplattform und darunter verstehen wir auch die Integration“, sagte Innenminister Günther Platter bei einem Symposium im Rahmen der Integrationsplattform am 24. April 2008 am Brunnenmarkt in Wien. Expertinnen und Experten aus Österreich, Deutschland, der Schweiz und Frankreich referierten und diskutierten über Möglichkeiten der Integration von Zuwanderern, darunter die deutsche Integrationsbeauftragte Staatsministerin Maria Böhmer, Brigitte Frenais-Chamaillard vom französischen Integrationsministerium, Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Heidrun Silhavy und John Wrench von der in Wien ansässigen EU-Grundrechteagentur.

„Eine zentrale Voraussetzung für die Integration ist und bleibt der Dialog“, betonte Platter. Wesentliche Erfolgsvoraussetzungen dabei seien der wechselseitige Respekt und die beständige Sensibilisierung der Beteiligten.



Innenminister Günther Platter: „Nur wer unsere Sprache spricht, hat die Chance, sich voll zu integrieren.“



Wilhelm Sandrisser, Bereichsleiter im Innenministerium: „Beim Thema Integration geht es um Chancen für uns alle.“

„Ich sehe es daher als dauerhafte Aufgabe, Verständnis für die Herausforderungen, die mit Integration verbunden sind, sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch bei jenen Menschen, die in Österreich eine neue Heimat gefunden haben, zu wecken und ständig weiter auszubauen“, sagte der Innenminister. „Nur wer unsere Sprache spricht,

hat die Chance, sich voll zu integrieren. Die Sprache ist die zentrale Voraussetzung für Bildung, sie ebnet den Weg in die Arbeitswelt. Die Sprache ist damit auch das Fundament für ein entsprechendes Einkommen, für die Teilnahme am Gesellschaftsleben und vieles mehr. Wichtig ist, dass gerade Kinder, wenn sie in das Schulalter kommen, die deutsche Sprache kennen – damit sie dem Unterricht folgen können und einen positiven Bildungsabschluss erhalten. Das ermöglicht, dass man im Arbeitsmarkt bestehen kann, mit dem Einkommen das Auskommen findet, sich eine ordentliche Wohnung leisten kann und somit auch in der Gesellschaft voll integriert ist.“ Gute Deutschkenntnisse seien daher „der Schlüssel für erfolgreiche Integration“. Erfolgreiche Integration sei auch von vielen anderen Faktoren abhängig.

„Wir machen den Menschen, die hier leben, entsprechende Angebote. Wir werden aber noch mehr tun müssen, damit Integration in Österreich gut

INTEGRATION IN DEUTSCHLAND

Nationaler Integrationsplan

Die Sprache des Gastlandes zu erlernen als wichtigste Voraussetzung für die Integration betonte auch Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin und Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. „Integration ist eine der großen Schlüsselfragen für die Gesellschaft, für das gesellschaftliche Zusammenleben. Wir stehen hier vor ähnlichen Problemen wie Österreich“, sagte Böhmer. Der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung in Deutschland betrage ein Fünftel, insgesamt 15 Millionen; die Hälfte davon habe die deutsche Staatsbürgerschaft. „Integration kann nur gelingen, wenn es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist“, betonte die Integrationsbeauftragte. „40 Prozent der jungen Menschen aus Zuwandererfamilien haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und damit nicht die Vorausset-



Integrationsbeauftragte Maria Böhmer.

zungen für eine attraktive Arbeitsstelle. Das liegt häufig daran, dass sie weniger gefordert werden. Die deutsche Sprache wird ungenügend beherrscht. Der Erwerb der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung dafür, dass man teilhaben kann, dass es nachher zu besseren Bildungsergebnissen kommt.“

Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bedeute, dass der Staat die Leitlinien schaffe, aber dass es auch eine aktive Bürgergesellschaft brauche. Integration heiße gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Beruf und Gesellschaft, aber auch „Ja zu sagen zu den Werten in Deutschland“, forderte Böhmer. „Sprache heißt, dass man sich neue Werte erschließt. Des-

halb muss niemand seine Wurzeln kappen. Wir wollen Integration und nicht Assimilierung.“

Integrationskurse sind in Deutschland seit 1. Jänner 2008 gesetzlich geregelt: Sie beinhalten den Erwerb der deutschen Sprache und der Werte der deutschen Gesellschaft.

Mit dem „Nationalen Integrationsplan“ sei die Integrationspolitik in Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt worden: Die Integration wird als eine Schlüsselaufgabe für die ganze Gesellschaft betrachtet. Der Integrationsplan enthält klare Ziele und über 400 konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen aller Beteiligten – Bund, Länder, Gemeinden, Bürgergesellschaft und Migranten.

„Integration heißt, alle einzubeziehen“, erläuterte die Integrationsbeauftragte. Das Ziel sei, gleiche Chancen auf Bildung, Entwicklung und Wohlstand für alle in Deutschland lebenden Menschen zu schaffen.



Integrations-symposium am Brunnenmarkt in Wien: Günther Platter, Christine Marek, Michael Landau.

funktioniert. Andererseits müssen wir aber jenen, die diese Angebote nicht annehmen, klarmachen, dass es hier auch keine Kompromisse geben kann“, sagte der Minister. Integration bedeute „Ja zu Österreich, zu den Grundwerten, auf denen unser Land, unsere Gesellschaft aufbaut. Selbstverständlich müssen wir hier auch etwas verlangen – das Einhalten einer gemeinsamen Hausordnung steht außer Frage. Es geht hier um unsere Rechtsordnung und Religions- und Meinungsfreiheit, um Gleichberechtigung und den Respekt zwischen den Geschlechtern. Da darf es in unserer Gesellschaft keinen Zweifel geben.“

Günther Platter kündigte an, dass ein Maßnahmenpaket ausgearbeitet und der Bundesregierung vorgelegt werde. Noch vor dem Sommer soll ein koordiniertes Maßnahmenpaket zur Integration beschlossen werden.

„Ich bin sehr daran interessiert, dass wir ergebnisorientiert arbeiten, und dann Maßnahmen beschließen können, die uns weiterbringen“, sagte der Minister. „Integration ist keine Einbahnstraße. Nur gemeinsam kommen wir zusammen.“

Deutsch als Voraussetzung. Slavko Ninić, 1972 aus Zagreb nach Wien eingewandert und Bandleader der erfolgreichen Wiener „Tschuschenkapelle“, wies in seinem Impulsreferat darauf hin, dass es für Zuwanderer keine Alternative gebe, als möglichst rasch Deutsch zu lernen: „Wer nicht Deutsch lernt, kann nicht wirklich integriert werden, und wer nicht Deutsch lernen will, hat, glaube ich, nichts zu suchen in diesem Land.“ Das heiße nicht, dass man die eigene Sprache verlernen müsse, sagte Ninić und richtete einen Appell an den Staat, die Sprachenvielfalt zu fördern: „Gerade in Wien sind in der Monarchie viele Sprachen gesprochen worden, auch jetzt haben wir hier viele Menschen aus anderen Ländern. Das ist eine Bereicherung für die Stadt.“ Österreich sei ein Einwanderungsland. „Es muss ein politischer Wille zur Integration vorhanden sein. Die Menschen sind da und werden nicht abwandern. Morgen werden sie alle Österreicher sein. Das soll man nützen.“ Der Staat müsse für Beschäftigung sorgen: „Wer keine Arbeit hat, streitet nicht nur mit der Politik, sondern auch mit der eigenen Frau.“

„Integrationsziele in Österreich“.

An der von Dr. Wilhelm Sandrisser, Bereichsleiter im Bundesministerium für Inneres, moderierten Podiumsdiskussion zum Thema „Integrationsziele in Österreich“ nahmen der Integrationswissenschaftler Kenan Güngör, Caritas-Direktor DDr. Michael Landau, Dr. Reinhold Mitterlehner (Wirtschaftskammer Österreich), AK-Präsident Mag. Herbert Tumpel und die Wiener Polizistin mit türkischen Wurzeln Yükel Grohs teil.

Der Integrationsprozess habe in Deutschland, Österreich und der Schweiz mit einer Verspätung von 30, 40 Jahren begonnen, sowohl auf der Seite der Migranten als auch in der Mehrheitsgesellschaft, sagte Kenan Güngör. Der Integrationswissenschaftler hat in Österreich den Prozess für mehrere Integrationsleitbilder geleitet, zuletzt das Integrationsleitbild für das Land Oberösterreich. „Integration hat erst seit vor zehn, fünfzehn Jahren langsam an Relevanz gewonnen“, betonte Güngör. Die Integrationspolitik habe sehr stark auf regionaler Ebene angefangen. „In den Gemeinden und auf Ebene der Bundesländer haben sich

KOMMENTAR

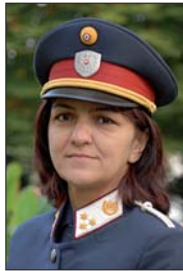
„Wichtiger Schritt für die Zukunft“

Integration erfordert viel Aufklärungsarbeit auf beiden Seiten. Die Mehrzahl jener Menschen, die zugewandert sind, steckt zwischen Herkunftskultur und der österreichischen Kultur. Sie erfahren nicht selten Aggression und Fremdenfeindlichkeit. Besonders schwierig ist für sie die Kommunikation mit Behörden, überhaupt jede Kommunikation, die formal geregelt ist.

Soziale Integration ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft. Bildungsgrad und Kenntnisse der deutschen Sprache haben einen großen Einfluss darauf, welche Tätigkeiten Migranten in unserer Gesellschaft übernehmen. Ausbrechen aus den sozialen Schichten, Mut andere Berufe als die der Eltern zu erlernen, sollten gefördert werden. Anhebung der Bildung von Frauen mit Migrationshintergrund ist förderlich für die Bildungschancen ihrer Kinder und für die Verbesserung ihrer eigenen Erwerbstätigkeit.

Interkulturelle Wohnbauprojekte sollten so angelegt werden, dass Orte der gemeinsamen Begegnung entstehen. Wer über eine „Sub-Standardwohnung“ verfügt, der kann nicht als erfolgreich integriert bezeichnet werden. Mit dem Wohnen erhalten Migranten räumlich und symbolisch einen Platz in der Gesellschaft.

Es ist Aufgabe der Integrationspolitik, eine gesamtgesellschaftliche Kultur des aufgeklärten, offenen und achtsamen Umgangs mit Vielfalt und Unterschieden zu schaffen. Damit diese Situationen nicht zum Scheitern verurteilt sind, muss vor allem derjenige, der in der stärkeren Position ist, gewisse Voraussetzungen mitbringen. Je mehr man in der Lage ist, dem Gegenüber aus dem Migrantenkreis glaubwürdig zu zeigen, dass man ihn verstehen will, umso größer ist die Basis für einen Konsens. Dann ist die Chance groß, dass das Gegenüber dieses Angebot versteht und annimmt und dass ein konstruktives Gespräch



Chefinspektorin Yüksel Grohs ist Lehrerin im Bildungszentrum der Sicherheits-exekutive Wien.

gelingt. Dafür braucht man Sensibilität für kulturelle Unterschiede; Fähigkeiten, diese Unterschiede wahrzunehmen und auf sie einzugehen. Wer Respekt für anderes erwartet, muss auch Respekt für andere zeigen, damit ein gegenseitiges Gefühl der Anerkennung entstehen kann.

Die Polizei ist schon aufgrund ihrer Tätigkeit in allen Lebensbereichen täglich mit interkulturellen Themen

konfrontiert. Gleichzeitig stellt sie die Repräsentanz des Staats mit der größten Breitenwirkung dar. Im Sinne einer effizienten Polizeiarbeit ist es unumgänglich, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem spezifischen sprachlichen und kulturellen Hintergrundwissen aufzunehmen. Dem öffentlichen Dienst kommt eine Vorbildfunktion zu. Aus diesem Grund entstand voriges Jahr im Landespolizeikommando Wien die Arbeitsgruppe „Wien braucht dich“. Dabei geht es um die gezielte Rekrutierung von Österreicherinnen und Österreichern mit Migrationshintergrund. Sie sollen den Bevölkerungsquerschnitt repräsentieren und können eine wichtige Vorbildwirkung ausüben.

Die Sicherheitsakademie als Zentrale für Aus- und Fortbildungsfragen des Innenministeriums bietet den Ressortangehörigen Seminare an, bei denen es um Sozialkompetenz geht. Die wichtigsten Angebote, bei denen es mitunter auch um Integration geht, sind: „Polizeiliches Handeln in einer multikulturellen Gesellschaft“ sowie „Interkulturelle Kommunikation – Eine Begegnung mit verschiedenen Kulturen“. Ziel ist es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterschiedliche Kulturkreise und deren Probleme bei der Eingliederung in die Gesellschaft näherzubringen.

Oft ist es das „Fremde“, vor dem manche Angst haben. Aber: „Fremde sind Freunde, die man noch nicht lange genug kennen gelernt hat.“

Yüksel Grohs

steuerungspolitische Akteure entwickelt. Ich hoffe, dass nun der Körper mit der Initiative des Bundes einen Kopf bekommt.“

Migration und Arbeitsmarkt. Dr. Reinhold Mitterlehner, Generalsekretär-Stellvertreter der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), wies auf die „ausgezeichnete Situation auf dem Arbeitsmarkt“ mit „Rekordbeschäftigung“ hin. „Wir suchen Facharbeiter. Wir brauchen auch Arbeitskräfte aus dem Ausland. Und da stoßen wir auf die Situation, dass dieses Thema im Vorjahr in der Bevölkerung als Abwehrthema angesehen worden ist. Die Bürger haben den Eindruck, dass die Integration nicht perfekt gelaufen ist, und haben eine Abwehrhaltung eingenommen.“ Diese Emotionen und Ängste seien von einigen politisch genutzt worden. „Richtig wird sein, dass wir das Thema Integration aufgreifen und dieses Thema zuerst lösen und hier vernünftige Maßnahmen zu setzen, um dann auch Verständnis zu haben, wenn es um Migration geht. Wir sehen einen ganz klaren Zusammenhang zwischen Migration und Integration“, betonte Mitterlehner. „Wir brauchen allein bis zum Jahr 2009 noch zusätzliche 25.000 Fachkräfte.“

Die Wirtschaftskammer habe mit der Bildungsinitiative *Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache* eine Aktion zum spielerischen frühkindlichen Spracherwerb von Migrantenkindern gestartet. Ein zweites Integrationsprojekt seien 60 Mentoren, die 60 Arbeitslose mit Migrationshintergrund, darunter viele Akademiker, unterstützen, einen Arbeitsstelle zu bekommen. „Wir sehen die Integrationsplattform als einen sehr positiven Ansatzpunkt, das hilft sowohl den Migranten als auch der Wirtschaft“, sagte Mitterlehner.

Gleiche Lebenschancen. „Die Zuwanderung ist zweifelsohne ein wichtiges Thema, aber ich würde meinen, dass wir diejenigen Menschen verpflichtet sind, die bereits in Österreich sind“, stellte Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Wiener Arbeiterkammer, fest.

„Rechte zu haben, heißt noch lange nicht, Recht zu bekommen. Hier sehen wir unsere Aufgabe, wir bieten den Mensch den Schutz, der ihnen zusteht.“ Die Lebenschancen für alle Herkunftsgruppen seien noch lange nicht gerecht

FOTO: GERHARD SONN



„Wien braucht dich“: Die Wiener Polizei rekrutiert gezielt Österreicherinnen und Österreichern mit Migrationshintergrund.

verteilt, wie es wünschenswert wäre. Es müsse für die jungen Menschen eine deutliche Chancenverbesserung geben. Ziel sei es, dass die Sprach- und Wissensvermittlung besser funktioniere. Migrantinnen und Migranten seien von Arbeitslosigkeit stärker betroffen. Hier sollten zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen getroffen werden, forderte Tumpel.

Gegenseitige Achtung. Die Wiener Polizistin Yüksel Grohs berichtete über positive Erfahrungen: „Wenn 30 Prozent der Menschen in Wien einen Migrationshintergrund haben, kommt es gut an, wenn man im öffentlichen Dienst auf Menschen mit Migrationshintergrund trifft. Der öffentliche Dienst spielt hier eine Vorreiterrolle. Ich würde es begrüßen, wenn auch die Wirtschaft mitziehen könnte.“

Bei der Integration seien neben Sprache und Bildung vor allem interkulturelle Wohnungsprojekte und arbeitspolitische Projekte wichtig, sagte Grohs. „Mir fehlt auch der gegenseitige Respekt auf beiden Seiten. Gegenseitige Achtung, eine Diskussion auf

Augenhöhe sind aber wichtig für eine gemeinsame Zukunft“, sagte die Polizistin.

Aufgaben klar definieren. „Ich glaube, dass der Integrationsbericht eine Fülle begrüßenswerter Vorschläge enthält“, sagte der Wiener Caritas-Direktor DDr. Michael Landau. „Entscheidend wird sein, was an Umsetzung gelingt. Da geht es um das Recht auf Familienleben, um den Zugang zum Arbeitsmarkt, um eine faire Absicherung, um Bildung als Schlüssel zur Armutsvermeidung, um adäquate Wohnverhältnisse, um Partizipation und auch um den Zugang zum Staatsbürgerschaftsrecht, vor allem für jene, die lange und integriert hier wohnen. Es liegt am Innenminister und an der Bundesregierung, hier etwas vorzulegen. Ich würde mir auch eine deutlichere Einbindung an-



Caritas-Direktor Michael Landau: „Entscheidend wird sein, was an Umsetzung gelingt.“

derer Ministerien wünschen“, betonte Landau. „Klar ist, ohne rechtliche Veränderungen bleibt ein Integrationspaket Stückwerk.“ Zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müsse es ein abgestimmtes Gesamtpaket, eine abgestimmte Integrationspolitik geben. Dazu seien entsprechende Ressourcen erforderlich – soziale Investitionen, die den Zusammenhalt von Menschen dienen. Dabei gehe es um Geld und um den politischen und rechtlichen Rahmen, der verbessert werden müsse. „Hier ist auch die Schaffung von Strukturen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene wichtig“, forderte der Caritas-Direktor. Die Aufgaben müssten klar benannt und definiert werden. „Die Erfahrung zeigt: Wofür niemand zuständig und verantwortlich ist, das findet in aller Regel nicht statt.“

Chancen für alle. „Beim Thema Integration geht es um Chancen für uns alle“, fasste Dr. Wilhelm Sandrisser die Diskussionsbeiträge zusammen. „Es geht darum, dass wir aus der Vielfalt heraus diese Chancen nützen. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg.“